

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum in amtlichen Teilen 60 Pf., unter Eingekauft 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beläge, Verkaufsliste von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 208

Dresden, Sonnabend, 6. September

1924

## Die Antwort Herriots.

Frankreich will an einem Schiedsgerichtsplane mitarbeiten — Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung als untrennbare Forderungen — Eine Ovation für Herriot — Italien kann nicht auf Macht verzichten — Lord Parmoor erklärt den Garantiepakt für wertlos — Belgien verlangt Sicherheit.

Genf, 5. September.  
Die Freitag-Vormittags-Sitzung des Völkerbundes brachte die mit allgemeiner Spannung erwartete große politische Rede Herriots über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.  
Schon das Bild des Hauses zeigte den großen Tag: Tribünen und Saal waren überfüllt, der Strom von Journalisten und Photographen überflieg den der vorhergehenden Tage. Um 11 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung und erklärte sofort Herriot das Wort. Das Haus erhob sich von den Sitzen und bereitete dem französischen Premierminister eine feierliche Ovation, unter der er das Rednerpult bestieg. Herriot, der bleich und etwas erregt aussah, sprach mit klarer Stimme, die den ganzen Saal durchdrang. Er begann mit einem Dank an alle Delegierten, die sich hier versammelt hatten, alle mit dem gleichen Ziele: für den Frieden der Welt. Frankreich wolle ethisch und entschlossen am Friedenswerke mitwirken. Der Frieden beruhe auf der Achtung vor geschlossenen Verträgen.

Herriot erinnerte dann an die dritte Sitzung des Völkerbundes, der die sogenannte Resolution 14 gefolgt habe, die zuerst den Gedanken des Garantiepaktes ausdrückte. Dieser Garantiepakt sollte sich auf den Artikel 8 des Statuts stützen. Er sieht eine Abwägung vor, soweit sie mit der nationalen Sicherheit der Länder vereinbar ist und erklärt, daß ein Vertrag als nationales Recht betrachtet werden soll. Hier anschließend fuhr der französische Ministerpräsident fort: Der moderne Chemie- und Luftweg wird vor den Fronten nicht mehr haltmachen, sondern das ganze Land zum Angriffspunkt nehmen. Um diesen Weg im Keime zu ersticken, gibt es nur den Ausweg des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens.

Es wird das Hauptwerk der fünften Völkerbundsversammlung sein, diesen Gedanken auszubauen und festzulegen. Der Schiedsgerichtsgebäude entspricht dem Artikel 12 des Statuts und des Paktes. Wir wünschen, daß die fünfte Versammlung den Schiedsgerichtsgebäude dahin ansetzt, daß derjenige, der Schiedsgerichtsgebäude ablehnt, der Angreifer ist. Frankreich wird an der Ausarbeitung eines zusammenfassenden Schiedsgerichtsplanes voll mitarbeiten.  
Wir sind für jede Maßregel zur Unterdrückung des illegalen Waffenhandels. Die Schaffung einer besonderen Kommission, die unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände den Garantiepakt-Entwurf revidieren soll, erscheint mir aber nicht notwendig. Diese Arbeit kann von der schon vorhandenen ersten und dritten Kommission des Völkerbundes ausgeführt werden.  
Auf jeden Fall stehen wir zu unserem Grundsatz, das Vorhandene nicht zu zerstören, sondern zu vervollkommen.

Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung, das sind drei Forderungen, die wir erheben, aber nie und nimmer voneinander trennen lassen.  
Die Vorbereitung zur Abrüstung ist die Sicherung des Weltfriedens für den Augenblick. Diese Sicherung muß aber jederzeit eingeholt werden können, und des-

halb muß auch fernerhin eine stets einseh- bereite Macht hinter ihr stehen.  
Pobal sagte: „Gerechtigkeit ohne Macht ist wertlos, Macht ohne Gerechtigkeit ist Tyrannet.“ Wir müssen beides zu verneinen suchen. Das ist die Aufgabe, die sich uns stellt, und wir befinden uns in einer Übergangszeit, die höchste Vorsichtsmäßigkeit erfordert.  
Auch wir glauben an die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Aber diese Konferenz ohne eingehende Vorbereitungen abzuhalten, würde bedeuten, daß sie von vornherein scheiterte. Unmöglich ist, daß diese Vorbereitungen dem Völkerbund anvertraut werden, der allein über die notwendigen Organe und die notwendigen Autorität verfügt. Zwei Friedensorganismen mit denselben Funktionen können nicht nebeneinander bestehen. Dagegen, daß diese Arbeit dem Völkerbund anvertraut wird, kann man anführen, daß einige der wichtigsten Staaten dem Völkerbunde fernbleiben. Ich glaube aber kaum, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die uns erst jetzt in London einen Beweis ihres guten Willens gegeben haben, aus-

reinen formellen Gründen ihre Mitarbeit verweigern werden.  
Unter allgemeiner Aufmerksamkeit sprach Herriot dann von Deutschland.  
Wir haben früher in Deutschland die Idee der allgemeinen Abrüstung bekämpft, die sich in dem Maße ausbreitete: Nie kennt kein Volk. Aber niemals haben wir das Unglück des deutschen Volkes gewünscht. Das wahre Frankreich kennt keinen Haß, denn wir wissen, daß jeder Haß nur neuen Haß nach sich zieht. Wir sind bereit, die aufrichtigsten Bemühnisse des Reiches zu unterstützen in Deutschland ebenso aufrichtig zu beantworten.  
In London haben wir den Weg der direkten Verhandlungen mit Deutschland begonnen und wir werden diesen Weg auch weiterhin beschreiten. Aus der Zusammenarbeit aller Völker erwächst die Einheit Europas. Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung sind die Säulen, auf denen das neue Gebäude des Friedens ruht.  
Wir reichen unsere brüderlichen Hände allen Völkern. Frankreichs rechte Hand würde es sein, wenn durch unsere gemeinsame Arbeit auf den Ruinen unseres eigenen Landes und aller Länder, die durch den Krieg gelitten haben, diese glückliche Blume erwachsen würde: der Friede. (Die Versammlung brach in langanhaltenden Beifall aus, der sich zu einer wahren Jubelstimmung gipfelte.)

Als zweiter Redner erhielt Salandra (Italien) das Wort: Italien hat nur den einen Wunsch, die jetzt bestehenden Grenzen aufrechtzuerhalten und den Frieden und die Wohlfahrt seiner Bevölkerung zu fördern. Italien hat seit Kriegsende keine Streitkräfte unaufhörlich vergrößert und auch veräußert, mit seinen Nachbarn Staaten zu direkten Abmachungen zu gelangen. Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes belägen im Völkerbunde bereits einen gegenseitigen Garantiepakt. Trotzdem helfen wir unsere Mitarbeit bei der Formulierung neuer erweiterten Garantien zur Verfügung. Das Schiedsgerichtsverfahren hat bereits seit langen Jahren in der italienischen Politik mit Erfolg seine Anwendung gefunden. Die Schiedsgerichtsbarkeit besteht in der Festlegung der Kompetenzen dieses Verfahrens in Fragen, die nicht sein rechtlicher oder technischer Natur sind.  
In der kommenden Abrüstungskonferenz werden wir mitarbeiten; wir verheimlichen aber keineswegs, daß wir nicht auf die Macht verzichten können, die zur Erhaltung der äußeren und inneren nationalen Sicherheit vorhanden sein muß. Unter dem Vorbehalt der Vereinbarung ergreife dann

die Generalinspektion der deutschen Rüstungen. Eine Aufforderung der Reichsregierung an die Bevölkerung zur Selbstbeherrschung.  
Berlin, 6. September.  
Amtlich wird mitgeteilt: Am Montag, den 8. September, beginnt die Inspektion des deutschen Rüstungsstandes. Die Generalinspektion als abschließender Akt der interalliierten Kontrolle gedacht. Nach den verbindenden Erklärungen der Gegenseite, insbesondere der Ministerpräsidenten von England und Frankreich, kann damit gerechnet werden, daß das System der interalliierten Kontrolle mit seinen in zahlreichen Städten Deutschlands residierenden Überwachungskommissionen verbleibt. Die wenn die Generalinspektion zufriedenstellend und reibungslos verläuft. Die Reichsregierung erwartet hiernach von der gesamten Bevölkerung, daß sie alles unterläßt, was irgendwie als Obstruktion oder als feindselige Haltung gegenüber den Kontrollkommissionen oder ihren Mitgliedern gedeutet werden könnte. Jede Handlung dieser Art beschwört die Gefahr heran, daß sich der jetzige Zustand mit all seinen demütigenden Begleiterscheinungen verewigt. Jedermann muß jetzt, wie er auch immer die Vorgänge des Augenblicks gefühlsmäßig reagieren mag, sein Tun auf die Vorgänge des Augenblicks einrichten, daß das Ziel erreicht, daß die Generalinspektion wirklich zum Schluß der interalliierten Kontrolle wird.

Verfehlte Agitation. Keine „Industriespionage“.  
Berlin, 6. September.  
Die „Kreuzzeitung“ benutzte die Ankündigung der Generalinspektion, um von dem „Beginn der Industriespionage“ zu reden. Das Blatt erklärt: Wenn Unternehmen wie Anort-Bremse, Goetz, Taimler usw. kontrolliert würden, so bedeute das einen Mißbrauch der Militärkontrolle zu einer ausgedehnten Industriespionage. Jene, welche behaupten, daß bestimmte Industriespionage wie Goetz, Taimler usw. kontrolliert würden, liegen nicht vor. Die Möglichkeit dazu besteht selbstverständlich. Wenn die Kontrolle erfolgt nur nach Anmeldung, und es ist gänzlich ausgeschlossen, daß bei der Kontrolle der Werke bestimmte Pläne, Patente usw. zur Inspektion angefordert werden. Gerade die einwandfreie Abwicklung der Verhältnisse in großen Industriebetrieben, die im Kriegsfall eine Rolle spielen könnten, ist im Interesse der Befugigten

Keine Hemmung des Personenverkehrs mehr.  
Berlin, 5. September.  
Gegenüber noch bestehenden Unklarheiten wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Verfügungen und Erordnungen der Besatzungsmächte, die bisher den Personenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete gehemmt haben, seit dem 3. d. M. außer Kraft getreten sind. Auch für den Kraftwagenverkehr sind keinerlei besondere Ausweise der Besatzungsbehörden mehr nötig. Für die Einreise ins besetzte Rheinland und ins Ruhrgebiet genügen die von der deutschen Polizei ausgestellten und mit Lichtbild versehenen Personalausweise. Weiterer Ausweise bedarf es also nicht mehr.

Lord Parmoor erklärte den Garantiepakt für wertlos.  
Paris, 6. September.  
Der britische Außenminister Lord Parmoor erklärte heute in der Unterhausdebatte, daß der Garantiepakt von 1919 wertlos sei. Er erklärte, daß die Bestimmungen des Paktes nicht mehr den Interessen der Nationen entsprechen und daß die Zeit gekommen sei, die Bestimmungen zu revidieren. Er erklärte auch, daß die Bestimmungen des Paktes die Beziehungen zwischen den Nationen nicht verbessert hätten und daß die Zeit gekommen sei, die Bestimmungen zu revidieren.

Der Entwurf des Garantiepaktes ist wertlos, da er auf allen und unannehmbaren Grundsätzen beruht. Seine Anwendung würde die Welt wieder mit einer Welt des Militarismus überfluten.  
Aus dem Völkerbundsrat läßt sich kein militärisches Organ machen, das im Kriegsfall die Truppenkontingente und die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten bestimmen kann. Der einzige Weg zum Frieden liegt in der allgemeinen Annahme des Schiedsgerichtsbarkeit, und wenn diese loyal durchgeführt wird, so ist der Garantiepakt überflüssig. (Beifalliger Beifall.)

Der Entwurf des Garantiepaktes ist wertlos, da er auf allen und unannehmbaren Grundsätzen beruht. Seine Anwendung würde die Welt wieder mit einer Welt des Militarismus überfluten.  
Aus dem Völkerbundsrat läßt sich kein militärisches Organ machen, das im Kriegsfall die Truppenkontingente und die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten bestimmen kann. Der einzige Weg zum Frieden liegt in der allgemeinen Annahme des Schiedsgerichtsbarkeit, und wenn diese loyal durchgeführt wird, so ist der Garantiepakt überflüssig. (Beifalliger Beifall.)

Der Entwurf des Garantiepaktes ist wertlos, da er auf allen und unannehmbaren Grundsätzen beruht. Seine Anwendung würde die Welt wieder mit einer Welt des Militarismus überfluten.  
Aus dem Völkerbundsrat läßt sich kein militärisches Organ machen, das im Kriegsfall die Truppenkontingente und die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten bestimmen kann. Der einzige Weg zum Frieden liegt in der allgemeinen Annahme des Schiedsgerichtsbarkeit, und wenn diese loyal durchgeführt wird, so ist der Garantiepakt überflüssig. (Beifalliger Beifall.)